

Samstag 09.12.2006

Nachrichtenagentur



Gut informiert.
Richtig entscheiden.

Adresse:
The Associated Press GmbH

Moselstr. 27
60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069/272302
Fax: 069/251289

Interne Pub.-Nr.: 700700

9466 0 061209

DEU/Föderalismus/Bürokratie/Reform/Herzog

Herzog für schnellen Bürokratieabbau Utl: Konvent für Deutschland fordert

Föderalismusreform II noch bis 2009

MAW9395 4 plx 525 APD9466 GE x O 00000280

DEU/Föderalismus/Bürokratie/Reform/Herzog dsa brn

Herzog für schnellen Bürokratieabbau

Utl: Konvent für Deutschland fordert Föderalismusreform II noch bis 2009 =

Berlin (AP) Altbundespräsident Roman Herzog hat einen schnellen und umfangreichen Bürokratieabbau gefordert. «Wir wollen, dass die Menge an Paragrafen einfach reduziert wird», sagte Herzog am Freitagabend in Berlin auf einer Veranstaltung des überparteilichen Konvents für Deutschland, dessen Vorsitzender er ist. Darüber hinaus sprach er sich für eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern noch in dieser Legislaturperiode bis 2009 aus.

Die so genannte Föderalismusreform II müsse angepackt werden, so lange die große Koalition im Amt sei, sagte Herzog. Nun sei die Regierung in einer Situation, Dinge ankurbeln zu können. Unter anderem müsse die Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern, insbesondere der Gemeinschaftsaufgaben abgeschafft werden. Er plädierte außerdem dafür, den so genannten horizontalen Finanzausgleich zwischen den Ländern abzuschaffen. Der selbstverständlich auch künftig notwendige Ausgleich sollte über das Steuersystem und nur noch vertikal durch Ergänzungszuweisungen des Bundes hergestellt werden.

Auch der ehemalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte, eine Finanzverfassungsreform sei zwingend. Der Föderalismusreform I müsse der zweite Teil folgen, weil ansonsten die Verantwortung der Länder im Bildungsbereich nicht zu verantworten sei. «Wir müssen im Bildungssektor etwas tun.» Das gehe nur, wenn die Finanzausstattung der Länder verbessert werde. Eine Länderneugliederung sei wegen des Widerstands aus den Ländern momentan kaum umzusetzen. Aber Kooperationsabkommen könnten eine Vorstufe dazu sein.

Der SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi erklärte ebenfalls, der Länderfinanzausgleich müsse im Kern geändert werden. Der aktuelle Verteilungsmechanismus sei undurchsichtig. Grundlage der Bemessung müsste die Wirtschaftsleistung pro Einwohner werden.

Zwtl: Henkel: Holland Vorbild in Sachen Bürokratieabbau

Der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel erklärte, Bürokratie lähme und koste viel Geld. In Deutschland existierten allein auf Bundesebene rund 88.000 Vorschriften. Und die große Koalition habe mit ihrer Gesetzesflut bereits nach einem Jahr mit der rot-grünen Vorgängerregierung gleichgezogen. Holland sei ein Vorbild, was den Abbau von Bürokratie betreffe. Das Land habe sich 2003 das Ziel

AP

Samstag 09.12.2006

Interne Pub.-Nr.: 700700

gesetzt, die Bürokratiekosten um 25 Prozent bis 2007 zu senken. Nach Erhebungen der OECD gehört Deutschland zu den Schlusslichtern unter vergleichbare Industriestaaten in der Entbürokratisierung und Deregulierung. Henkel forderte, ein Entbürokratisierungsprogramm brauche präzise quantitative Ziele, die eine Erfolgskontrolle ermöglichen. Das heiße: Die Zahl der abzuschaffenden Regulierungen müsse zuvor formuliert werden. Der von der großen Koalition eingerichtete Normenkontrollrat sollte nicht nur Gesetzesvorhaben auf Notwendigkeit und Kosten prüfen, sondern auch bestehende Vorschriften einer Überprüfung unterwerfen.

Der Konvent wurde im Oktober 2003 konstituiert. Er sieht sich als überparteiliches, unabhängiges und erfahrungsgelitetes Gremium, das Vorschläge zur Reform der Reformfähigkeit erarbeiten will. Ihm gehören renommierte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur an, neben Klaus von Dohnanyi, Clement, Henkel auch der Grünen-Politiker Oswald Metzger, die Juristin Jutta Limbach, der Unternehmer Roland Berger sowie der CDU-Politiker Rupert Scholz.

<http://www.konvent-fuer-deutschland.de/>

Ende

AP/hm/tz

091135 dez 0